

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2013

Abgeschlossen am 30. September 2013 • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Nach dem Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 umfasst die Europäische Union 28 Mitgliedsländer. Die Zustimmung des Europäischen Parlamentes zu einer einheitlichen Bankenaufsicht ist der erste wichtige Schritt auf dem Weg zur Bankenunion. Ab September 2014 werden rund 150 der größten Banken der EU unter die direkte Aufsicht der Europäischen Zentralbank gestellt. Um eine Verunsicherung der Kapitalmärkte zu vermeiden, bekennen sich die EZB und die Fed zur Weiterführung des seit der Krise verfolgten geldpolitischen Kurses. Der Weltklimabericht 2013 bestätigt mit noch höherer Wahrscheinlichkeit den menschlichen Einfluss auf die Erderwärmung.

1. Juli: Kroatien tritt als 28. Mitgliedsland der Europäischen Union bei. Dadurch erhöht sich die Gesamtbevölkerung der EU um 4,4 Mio. auf 506,8 Mio. Kroatiens BIP pro Kopf erreicht 61% des EU-Durchschnittes.

3. Juli: Aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Ländern (Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen im August 2013: Griechenland 61,5%, Spanien 56,0%, Italien 40,1%) findet in Berlin ein Gipfeltreffen der EU-Arbeitsminister und zahlreicher Staatspräsidenten und Regierungsoberhäupter statt. In einer Absichtserklärung "Entschlossen handeln" bekennen sich die Länder zur Förderung der Jugendbeschäftigung durch effizientere Arbeitsvermittlung, eine Verbesserung der Ausbildungssysteme und die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben durch die Europäische Investitionsbank. Finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurde bereits anlässlich des EU-Gipfels vom 25. und 26. Juni beschlossen¹⁾.

4. Juli: Die Europäische Zentralbank belässt den Spitzenrefinanzierungssatz bei 1% und den Zinssatz der Hauptrefinanzierung bei 0,5%. EZB-Präsident Mario Draghi gibt bekannt, dass die Leitzinssätze der EZB über einen längeren Zeitraum auf dem derzeitigen oder einem niedrigeren Niveau verbleiben werden.

Die Bank of England entscheidet sich gegen eine weitere Aufstockung der Staatsanleihenkäufe und lässt die Official Bank Rate mit 0,5% unverändert.

8. Juli: Griechenland und die Troika einigen sich auf die Auszahlungsbedingungen einer weiteren Tranche von Hilfszahlungen aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) im Umfang von 3 Mrd. €. Die Mittel werden in Teilbeträgen ausgezahlt je nach Fortschritt der Reformen im Gesundheitswesen, des Personalabbaues im öffentlichen Sektor (12.500 öffentlich Bedienstete müssen bis Ende September 2013 in die Mobilitätsreserve versetzt werden, aus der sie weitervermittelt oder nach einer Frist entlassen werden), der Reformen des Steuersystems und der Steuerverwal-

Ausland

Kroatien: EU-Beitritt

EU: Jugendarbeitslosigkeit

Europäische Zentralbank

Bank of England

Griechenland: Zahlungsbedingungen

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2013", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(7), S. 556, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46877>.

tung sowie des Bankensystems. Bis Oktober 2013 stehen 1,8 Mrd. € des Internationalen Währungsfonds zur Auszahlung an sowie 2 Mrd. € aus Gewinnen, die den Mitgliedsländern durch den Verkauf griechischer Anleihen an die EZB entstanden sind (Griechenlandpaket November 2012)²⁾.

EU, USA: Transatlantisches Freihandelsabkommen

Die erste Verhandlungsrunde über das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA beginnt.

Italien: Rating

9. Juli: Standard & Poor's stuft die Bonität des italienischen Staates von BBB+ auf BBB herab, mit negativem Ausblick.

Libor

Die Festsetzung der London Interbank Offered Rate (Libor) wird mit 2014 dem Börsenkonzern NSXE Euronext übertragen³⁾.

USA: Geldpolitik

17. Juli: Der Präsident der Notenbank der USA, Ben Bernanke tritt in seiner Rede vor dem Kongress Gerüchten entgegen, wonach die Geldpolitik ihren expansiven Kurs aufgeben würde. Seit 2008 hat die Notenbank den Leitzinssatz auf 0% herabgesetzt und festverzinsliche Wertpapiere im Umfang von über 3 Bio. \$ angekauft. Ab Herbst könne dieses Programm zurückgefahren werden, falls es die Wirtschaftsentwicklung erlaube. Im Falle einer Verschlechterung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes sei auch ein weiterer Ankauf möglich. Den aktuellen Kurs der Fiskalpolitik sieht Bernanke als Gefahr für das Wachstum.

Frankreich: Bankenregulierung

18. Juli: Das französische Parlament verabschiedet ein Gesetz über Regulierung von Bankaktivitäten und die Trennung des risikoreichen Investmentgeschäftes vom Kundengeschäft. Vor allem die zwei französischen Großbanken BNP Paribas und Société Générale sind davon betroffen. Künftig sind für die beiden Geschäftsfelder getrennte Filialen zu führen. Der Hochfrequenzhandel und der Handel mit Agrarprodukten, die als Grundnahrungsmittel gelten, werden beschränkt. Die Einführung einer Obergrenze für die Strafe bei Überziehung eines Kontos dient dem Schutz der Kleinsparer.

USA: Detroit

In den USA beantragt die Stadt Detroit (Michigan) mit einem Schuldenstand von 18 Mrd. \$ Insolvenz.

G 20: Informationsaustausch

19.-20. Juli: Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G 20) beschließen anlässlich des Treffens in Moskau, bis 2014 Standards für einen automatischen länderübergreifenden Informationsaustausch festzulegen, der an die Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) der USA angelehnt sein soll⁴⁾: Steuerrelevante Informationen über Konten, Erlöse und Einkünfte aus Finanz- und Versicherungsprodukten sollen automatisch zwischen Steuerbehörden ausgetauscht werden. Um den vertraulichen Umgang mit diesen Daten sicherzustellen, will die OECD eine technische Plattform entwickeln. In einem Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting⁵⁾ schlägt die OECD in einem 15-Punkte-Programm Maßnahmen gegen Steuervermeidungspraktiken von Großkonzernen vor. Dieser Plan wird in vollem Umfang begrüßt, seine Implementierung müsste über die G-20-Länder hinaus weltweit erfolgen.

Ungarn: Fremdwährungskredite

11. September: Der ungarische Ministerpräsident Victor Orban stellt den Banken ein Ultimatum bis November 2013, um den privaten Haushalten einen günstigen Umtausch von Fremdwährungskrediten in Forint anzubieten. Laut ungarischer Finanzmarktaufsicht haben 600.000 Personen Fremdwährungskredite. 2011 wurde Fremdwährungsschuldnern die Umwandlung in Forint zu einem günstigen Kurs gewährt⁶⁾.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 33, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/46140>.

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(10), S. 785, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/45581>.

⁴⁾ <http://www.treasury.gov/resource-center/tax-policy/treaties/Pages/FATCA.aspx>.

⁵⁾ OECD, Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting, OECD, Paris, 2013, <http://www.oecd.org/ctp/BEPS/ActionPlan.pdf>.

⁶⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2011", WIFO-Monatsberichte, 2013, 84(10), S. 637, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/42732>.

Österreichische Finanzinstitute sind in Ungarn stark im Privatkundengeschäft mit Fremdwährungskrediten engagiert.

12. September: Das Europäische Parlament stimmt einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht zu. Ab September 2014 werden ungefähr 150 der größten Banken der EU direkt unter Aufsicht der EZB stehen. Das System ist für Euro-Länder verpflichtend, anderen Ländern steht es frei, daran teilzunehmen.

EU: Bankenaufsicht

16. September: Anlässlich des Gipfels der Staatspräsidenten und Regierungsoberhäupter der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G 20) in St. Petersburg findet das gemeinsame Vorgehen gegen die Steuervermeidung (siehe oben, 19.-20. Juli) große Zustimmung. Ein Abkommen, das die Länder verpflichtet, keine weiteren Handelshemmnisse einzuführen, wird bis 2016 verlängert. Bis 2015 soll der Financial Stability Board (FSB) Regeln und Maßnahmen definieren, um auch Schattenbanken der staatlichen Regulierung zu unterstellen. Die Wachstumsverlangsamung in einigen Schwellenländern wird auf die Volatilität der Kapitalflüsse zurückgeführt – jüngste Abflüsse wurden durch Spekulationen um eine Abkehr der Geldpolitik der USA von ihrem expansiven Kurs ausgelöst. Der St. Petersburger Aktionsplan für Wachstum und Beschäftigung⁷⁾ enthält Absichtserklärungen der einzelnen Länder, um eine Erholung der Wirtschaft in Gang zu setzen.

G 20: Steuervermeidung

Gemeinsame Ziele und Termine für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte der einzelnen Länder werden nicht beschlossen.

27. September: Der erste Teil des 5. Berichtes des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wird veröffentlicht⁸⁾ und bestätigt die Erkenntnisse der vorangegangenen Berichte über den großen menschlichen Einfluss auf die Veränderung des Klimas.

IPCC

Ein Sozialpaket verlängert den 2011 eingerichteten Pflegefonds, ermöglicht Pflegekarenz und Pflgeteilzeit und stellt Beschäftigte im Arbeiter- und Angestelltenverhältnis hinsichtlich der Entgeltfortzahlung im Katastrophenfall gleich. Der Staatsschuldenausschuss wird nach den Vorgaben der EU in einen Fiskalrat umgewandelt. Die Europäische Kommission genehmigt die staatlichen Hilfen für einige in Not geratene österreichische Banken.

Österreich

4. Juli: Der Nationalrat beschließt die Verlängerung des 2011 eingerichteten Pflegefonds bis 2016. Um das Dienstleistungsangebot in der Langzeitpflege sicherzustellen, stehen für das Jahr 2014 235 Mio. €, für das Jahr 2015 300 Mio. € und für das Jahr 2016 350 Mio. € an Budgetmitteln zur Verfügung. Zwei Drittel davon trägt der Bund bei, ein Drittel die Länder und Gemeinden.

Pflegefonds

Im Rahmen dieses Sozialpaketes werden Erleichterungen für die Pflegekarenz und die Pflgeteilzeit für pflegende Angehörige beschlossen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können 1 bis 3 Monate lang Pflegekarenz oder Pflgeteilzeit in Anspruch nehmen, bei aliquotem Entfall der Arbeitsentlohnung. Der Lohnausfall wird durch eine staatliche Unterstützung in der Höhe des Arbeitslosengeldes kompensiert. Die unterschiedlichen Regelungen für Beschäftigte im Arbeiter- und Angestelltenverhältnis hinsichtlich der Entgeltfortzahlung im Katastrophenfall werden angeglichen. Ab 1. Jänner 2014 ist die Entgeltfortzahlung für Arbeiter und Arbeiterinnen im Katastrophenfall nicht mehr über den Kollektivvertrag geregelt und weicht daher von den generellen Bestimmungen des ABGB nicht mehr ab. Ab 1. Jänner 2015 erhalten Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen, die aus gesundheitlichen Gründen keinen Arbeitsplatz finden, ab dem 58. Lebensjahr und ab 43 Versicherungsjahren bis zur Erlangung des Anspruches auf Schwerarbeiterpension ein Überbrückungsgeld in Höhe des Kollektivvertragslohnes. Die Bauwirtschaft finanziert dieses Modell zum überwiegenden Teil aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen.

Sozialpaket

⁷⁾ <http://www.g20.org/load/782786923>.

⁸⁾ IPCC, Climate Change 2013. The Physical Science Basis, Genf, 2013, http://www.climatechange2013.org/images/uploads/WGIAR5_WGI-12Doc2b_FinalDraft_All.pdf.

Staatsschuldenausschuss

5. Juli: Der Nationalrat beschließt die Änderung des Gesetzes über die Tätigkeiten des Staatsschuldenausschusses und wandelt diesen gemäß den Vorgaben der EU in einen Fiskalrat um. Das neue Gremium wird Aufgaben in der Überwachung von EU-Finanzvorschriften in Österreich übernehmen und Empfehlungen etwa zum mittelfristigen Budgetpfad abgeben.

Kommunalkredit Austria AG

19. Juli: Nachdem die Privatisierung der Kommunalkredit Austria AG mangels Angebot abgebrochen wurde, bestätigt die Europäische Kommission die Abänderungsentscheidung zur Abwicklung des Geldinstitutes. Der Plan zur Abwicklung der Bank entspricht den Staatshilfavorschriften, da die durch die staatliche Hilfe entstandene Wettbewerbsverzerrung bei der vollständigen Abwicklung minimiert ist. Bei Bedarf wäre eine weitere Beihilfegenehmigung durch die Europäische Kommission möglich.

Hypo Alpe-Adria-Group

3. September: Die Europäische Kommission genehmigt einen Plan zur Abwicklung der österreichischen Bank Hypo Alpe-Adria-Group und billigt die bereits gewährte staatliche Hilfe und die möglicherweise künftig notwendige Hilfe für eine geregelte Abwicklung der Bank. Die bereits gewährten staatlichen Hilfen umfassen zwischen 2008 und 2012 nach einer Aufstellung der Kommission Kapital und Kapitalgarantien von 2,85 Mrd. €, Garantien für Vermögen von 300 Mio. € sowie Refinanzierungsgarantien für Anleiheemissionen von 1,35 Mrd. €.

Nationalratswahlen

29. September: Die Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen beträgt 74,9%. Das Wahlergebnis zeigt Übersicht 1.

Übersicht 1: Ergebnis der Nationalratswahlen vom 22. September 2013

	Anteile in %	Mandate
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	26,8	52
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	24,0	47
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	20,5	40
BZÖ – Liste Josef Bucher (BZÖ)	3,5	
Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE)	12,4	24
24Team Stronach (FRANK)	5,7	11
Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS)	5,0	9
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	1,0	
Die Piratenpartei Österreichs (PIRAT)	0,8	
Christliche Partei Österreichs (CPÖ)	0,1	
Der Wandel (WANDEL)	0,1	
Männerpartei (M)	0,0	
EU-Austrittspartei (EUAUS)	0,0	
Sozialistische Linkspartei (SLP)	0,0	

Maastricht-Notifikation

30. September: In der Maastricht-Notifikation weist Österreich mit Ende 2012 einen öffentlichen Schuldenstand von 227,2 Mrd. € bzw. 74,0% des nominellen Bruttoinlandsproduktes aus. Das Maastricht-Defizit beträgt 7,8 Mrd. € bzw. 2,5% des BIP.